

Dienstag der 21. März, guten Morgen. Aus dem Journalstudio begrüßt sie Arthur Trinacher. Das sind einige der Themen. Das Corona-Krisen-Gremium GECCO beendet vorzeitig seine Arbeit und wird aufgelöst. Deutsch als Pausensprache. Dieser Vorstoß wird heftig kritisiert. Der Weltklimarat hat in seinem aktuellen Bericht klare Forderungen an die Politik und wieder gravale Nacht in Frankreich nach dem Beschluss der umstrittenen Pensionsreform. Vor allem ein Blick aufs Wetter. Gunther Schola bitte. Sehr mild wird es heute und auf jeden Fall scheint zeitweise in ganz Österreich die Sonne. Wolken sind allerdings auch immer wieder unterwegs wie in den nächsten Stunden besonders von Innsbruck Ostwärts. Mehr als ein paar Regendropfen sind nicht dabei, die Trockenheit setzt sich fort. Die meisten Sonnenstunden bekommen der Alpenhauptkammer sowie Ost-Tirol und Kernten. Das heißt im Klagen vor der Becken wird sich der Nebel lichten und auch ganz im Westen lockert es bald auf. Im Laufe des Nachmittags treffen jedoch in Vor-Arelberg im Außerfern und im Tiroler Oberland wieder dichtere Wolken ein. Im Osten zeitweise liebhafter Wind aus West bis Nordwest, die Höchstärte 12 bis 20 Grad bis zu 20 ganz im Osten und momentan in Wien bereits 7 bis 11 Grad, Eisenstadt 11, Sankt Pölten 8, Linz 5 Grad, Salzburg 7, Innsbruck 6, Bregenz 7, Grad 5 und Klagen vor 3 Grad und 12 Grad momentan im Boderstorff minus 3 Grad hingegen in Zeltweg. Ursprünglich war gestern Abend mit mehreren Rücktritten aus dem Corona-Krisen-Gremium GECCO gerechnet worden aus Protest gegen die Corona-Politik von ÖVP-Politikern auf Bundes- und Landesebene. Öffentlich äußern wollte sich dazu niemand. Eine Ausnahme GECCO-Leiter und General Rudolf Striedinger, Tanya Malle berichtet. GECCO-Chef und General Rudolf Striedinger wiecht gestern Abend der Frage aus, ob es Rücktritte im GECCO-Gremium gegeben habe und kündigte überraschend die Selbstaflösung des Gremiums an. Ich habe gerade mit dem Bundeskanzler kommuniziert, dass wir von uns aus vorschlagen werden, dass er mit 31. März GECCO in seiner Funktionalität nicht mehr existieren wird. Im Gesundheitsministerium zeigte man sich überrascht, formal ist GECCO ja dem Bundeskanzleramt unterstellt. Geplant war, dass GECCO bis Juni bleibt. Sein abruptes Ende wurde gestern nicht einstimmig beschlossen, sondern so Striedinger also überwiegend. Bundeskanzler Nihama bedankte sich gestern Abend bei GECCO und kündigte an, dass der Dialog- und Versöhnungsprozess zum Corona-Management nach Ostern beginnt. Die neue schwarz-blaue Landesregierungen Niederösterreich hat in ihrem Arbeitsebeneinkommen festgeschrieben, dass die Deutschpflicht auch außerhalb des Unterrichts gelten soll, also etwa dass Schulen Deutsch als Pausensprache festlegen. Von den Direktorinnen und Direktoren kommt eine deutliche Absage, mehr von Katja Arthofer. Deutsche als Pausensprache festgelegt in der jeweiligen Hausordnung der Schule. Die Meinung der Sprecherin der AHS-Direktorinnen und Direktoren Isabella Zins dazu ist eindeutig. Das ist vielleicht eine Schlagzeile in einem Regierungspapier, aber etwas, das nicht umsetzbar ist. Ich weiß jetzt nicht, wie das Ganze in Oberösterreich gelaufen ist. Dort gab es ja diese Vorstöße schon einmal. Aus meiner Sicht ist es nicht durchführbar und nicht sinnvoll.

Warum erklärt Zins selbst in Niederösterreich Direktorin so? Abgesehen davon, dass meines Wissens nach keine einzige Studie die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme bestätigt, passt dieser Zwang aus meiner Sicht nicht zur Schulautonomie und auch nicht zur Kultur, der in unseren Schulen gepflegt wird. Wir setzen auf Bewusstseinsbildung und darauf, dass möglichst viele Sprachanlässe in der Unterrichtssprache stattfinden. Aber die Pausen seien kurz und zur Erholung da. Der Weltklimarat wird in seinem aktuellen Synthesebericht sehr deutlich. Das Tempo und der Umfang der derzeitigen Klimaschutzmaßnahmen sind unzureichend. Noch in diesem Jahrzehnt müssten die CO<sub>2</sub>-Emissionen massiv gesenkt werden. Neben Warnungen findet man im Bericht auch viele Lösungswege. Juliane Nagila informiert. Man wisse heute besser über die Klimakrise Bescheid, wisse, wie sich Risiken hochschaukeln und dass die Risiken, die mit der Erderhitzung einhergehen, stärker ausfallen, als man eins gedacht habe. Sagt der Klimaforscher Matthias Garsch, der im Bericht mitgeschrieben hat. Gleichzeitig wisse man auch sehr genau, was zu tun sei, dennoch komme die Politik nicht ins Handeln. Wir spüren die Auswirkungen, wir wissen, dass die Auswirkungen mit jedem bisschen Erwärmung massiv ansteigen werden und gleichzeitig haben wir es noch selber in der Hand dagegen vorzugehen und das Allerschlimmste abzuwenden. Aber dieses Fenster schießt sich. Die Technologien für Klimaschutz und Klimawandelanpassung seien vorhanden und die Lösungen bekannt, betont der Weltklimarat in seinem neuen Bericht und er betont stärker als früher, dass dabei auch immer die Frage nach Gerechtigkeit gestellt werden müsse. Dazu ein Hinweis. Gast von Franz Renner im Morgenjournal um sieben ist Klimaforscher Daniel Hubmann vom Institut für Angewandtesystemanalyse in Luxemburg. In Frankreich ist die umstrittene Pensionsreform nun beschlossen. Die Regierung hat das vorangegangene Misstrauensvotum jedoch nur knapp überstanden. Das hat in vielen Landesteilen Proteste und Ausschreitungen ausgelöst, die bis die finde Nacht gedauert haben, wie Cornelia Primosch berichtet. Am symboltrechtigen Platz der Bastille endet die Krawallnacht in Paris. Die Polizei meldet mir als 140 Festnahmen, die Straßen sind in vielen Stadtvierteln verwüstet. Die Wut entlädt sich nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen die Regierung von Präsident Macron. Damit ist die umstrittene Pensionsreform angenommen, auch wenn nur neun Stimmen gefehlt haben, argumentiert Parlamentspräsidentin Yael Braun-Pivet. Die Opposition verlangt angesichts des knappen Abschneidens der Regierung Konsequenzen. Die Premierministerin müsse ihren Posten räumen, verlangt Marine Le Pen vom Rassemblement National. Ein Ende der Proteste zeichnet sich nicht ab, am Donnerstag ist ein neuerlicher Großstreik geplant. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump erwartet laut eigenen Angaben, dass er heute festgenommen wird. Daher ruft er in sozialen Medien seine Unterstützer aus Protesten zu Protesten auf. Tatsächlich könnte dem Ex-Präsidenten in New York keine Anklage drohen, denn die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Trump wegen Schweigegeldzahlungen an eine Porno-Darstellerin. Aus den USA Christoph Kohl.

Vor dem Gericht in Manhattan errichtet die Polizei's Sicherheitshalber bereits Barrikaden. Die New Yorker Staatsanwaltschaft könnte nämlich diese Woche Anklage gegen den Ex-Präsidenten erheben. Es geht dabei darum, dass Donald Trump versucht haben soll, Schweigegeldzahlungen an die Porno-Darstellerin Stormy Daniels zu vertuschen. Sie sagt, dass sie 2006 eine Affäre mit Trump gehabt habe. Er bestreitet das. Zehn Jahre später im Präsidentschaftswahlkampf 2016 hat Trumps damalige Anwalt Daniels 130.000 Dollar überwiesen. Sollte Trump nun festgenommen werden, droht dessen jetzige Anwältin mit Chaos auf den Straßen.

Die Republikaner kritisieren das Vorgehen der New Yorker Staatsanwaltschaft als politisch motiviert. Es wäre die erste Anklage eines Ex-Präsidenten in der US-Geschichte.

Das einzige heimische Jugendgefängnis im niederösterreichischen Gärersdorf dürfte bald Geschichte sein und der Jugendvollzug in die Justizanstalt Wien-Simmering übersiedeln. Die langjährige Leiterin von Gärersdorf, die mit Ende März in Pension geht, plädiert dafür, öfter die Fußfessel einzusetzen. Veronica Mauler. In der Justizanstalt Gärersdorf sitzen derzeit nur 29 Jugendliche ein. Die Zahl der Verurteilungen ist über die Jahre gesunken, eine gute Entwicklung, die noch nicht weit genug geht, sagt die langjährige Leiterin von Gärersdorf Margita Neuberger Essenther. Sie ist dafür...

Ein Hausarrest, also die Fußfessel, auszubauen in der Familie oder in sozialpädagogischen Einrichtungen und wenn alle alle Strickreisen dann in Haft geben, mit einer Möglichkeit der Rückführung wieder in eine WG.

Derzeit kommen Jugendliche, die mehr als sechs Monate absitzen müssen nach Gärersdorf. Oft sind sie weit von zu Hause entfernt. Die Volksanwaltschaft hat letztes Jahr ein Ende des abgelegenen Standortes nahegelegt. Daraufhin ist die Justizministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, der einen Abschluss berichtet. Sein Arbeit heißt es auf Anfrage. Weniger Unfälle, aber schwerere Verletzungen und viele Tote. So sieht die erste Winterbilanz des Kuradoriums für alpine Sicherheit für die heimischen Skipisten aus. Vor allem in Tirol ist die Zahl an Schwerverletzten und vor allem an Todesopfern stark gestiegen, Wolfgang Böhmer berichtet. Die 34 Menschen sind beim Skifahren oder abseits der Piste seit Anfang November Österreich weit ums Leben gekommen heißt es vom Kuradorium, dass alle Unfälle erfasst, die von der Alpine Polizei aufgenommen werden. Zwei Drittel der Todesopfer gibt es dabei, aber allein in Tirol. 21 Menschen sind hier gestorben, so viele wie seit Jahren nicht. Vor allem Schneemangel am Anfang der Saison, kaum Schnee abseits der Pisten war wohl der Grund dafür heißt es, dass viele Stürze vor allem am Pistenrand einfach fatale Folgen gehabt haben.

Gleichzeitig sind Österreich weit weniger Unfälle von der Alpine Polizei aufgenommen worden, es waren knapp 4900, hier hatten wir schon Winter mit über 6000 Unfällen, also weniger Unfälle, aber eben mehr Tote und auch Schwerverletzte, aber auch fehlende Konditionen selbst Überschätzung haben auch heuer wieder eine Rolle gespielt. Österreich weit ist fast die Hälfte der Toten auf ein Herzkreislaufversagen auf den Pisten oder der Skitour zurückzuführen.

## [Transcript] Ö1 Journale / Frühjournal um 6 (21.03.2023)

Berichtet Wolfgang Böhmer und das war das erste Journal am Dienstag, es ist jetzt 6 Uhr 10. Der ORF ermöglicht folgenden Hinweis kostenlos.

Nachbar in Not, Hilfe für die Ukraine, ein Jahr Angriffskrieg, ein Jahr menschliches Leid in der Krisenregion, die Dimensionen der Katastrophe übersteigen unsere Vorstellungskraft, zigtausende Tote, Millionen Menschen auf der Flucht, zerstörte Infrastruktur, Leben in einem Albtraum. Jede Spende wirkt und setzt an Zeichen der Solidarität. Danke für Ihre Hilfe. Helfen und spenden Sie bald!